

p.B. 15. 21. Am.

Gespräche über bilaterale amerikanisch-schweizerische Fragen zwischen Herrn Bundesrat Spühler und Herrn John Leddy, Assistant Secretary of State for European Affairs, sowie Herrn Dean Rusk, Secretary of State

Washington, D.C., den 14. August 1967

1. Personenaustausch

[Bundesrat Spühler bemerkt einleitend, dass die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Schweiz ausgezeichnet seien und dass man bei uns grossen Wert darauf lege, sie noch weiter auszubauen. Ein wichtiges Element ist dabei der Austausch von Personen und Waren, der möglichst frei erfolgen soll. In Bezug auf den Personenverkehr handelt es sich bei der Schweiz nicht um eine eigentliche Auswanderung. Viele Wissenschaftler, Techniker, gelernte Arbeiter u.s.w. kommen für einige Zeit nach Amerika, um sich hier weiter zu bilden. Dies liegt wohl im Nutzen beider Länder und es sollten Mittel und Wege gefunden werden, dass diese nicht wie Immigranten behandelt werden und entsprechenden Schwierigkeiten begegnen.] Herr Bundesrat Spühler verweist auf die Ausführungen in dem "Working Paper", das am 18. April dem Staatsdepartement übergeben wurde. Botschafter Schnyder fügt noch bei, dass das neue Einwanderungsgesetz für die Schweiz sehr restriktive Folgen haben wird, wenn Mitte 1968 die Länderquoten abgeschafft werden. Dies geht auch aus einer Studie des Staatsdepartements hervor.

4 Kop.



- 2 -

Herr Leddy antwortet, dass er dieses allgemeine Problem nicht im einzelnen kennt, sagt aber zu, dass er es studieren werde.

2. Militärdienstgesetz

Herr Leddy führt aus, das Staatsdepartement sei sich des Problems des Militärdienstes sehr bewusst, umso mehr als es eine ganze Reihe von Ländern betreffe. Nach seiner Auffassung konnte es bisher in einer befriedigenden Weise durch Verwaltungsmassnahmen geregelt werden. Es ist nun beabsichtigt, eine gesetzliche Lösung einzuführen, doch ist das Resultat dieser Bemühungen nicht vorauszusehen, da sich im Kongress wahrscheinlich Widerstände zeigen werden. Die Administration wird jedoch alles tun, um zu einer befriedigenden Lösung zu gelangen.

Herr Bundesrat Spühler dankt für das ausgesprochene Verständnis. Er unterstreicht die grosse Wichtigkeit dieser Frage für die Schweiz, die auch innenpolitische Schwierigkeiten schafft. Wenn eine gesetzgeberische Grundlage durch den Kongress nicht angenommen wird, so sollten zum mindesten die gegenwärtigen Verwaltungsmassnahmen aufrecht erhalten bleiben. Vorläufig ist deren Gültigkeit bis auf Ende dieses Jahres beschränkt. Er würde es daher sehr begrüessen, wenn zur Beruhigung der schweizerischen Oeffentlichkeit eine noch zuversichtlichere Erklärung abgegeben werden könnte.

*Reue:
Nicht mehr Krieg!
Prakt. Lösung für alle
Bundesschiede
Länder*

3. Wirtschaftsbeziehungen

Herr Bundesrat Spühler stellt fest, dass sich die Handelsbeziehungen sehr zufriedenstellend entwickeln. Die Schweiz importiert mehr von den Vereinigten Staaten als sie ihnen liefert und leistet damit einen positiven Beitrag für das amerikanische Zahlungsbilanzproblem. Das Resultat der Kennedy-Runde ist sehr erfreulich und es wäre ausserordentlich zu bedauern, wenn dieses Ergebnis durch protektionistische Gegenkräfte beeinträchtigt würde. Man ist in der Schweiz beunruhigt durch den Vorstoss von Congressman Wilbur Mills zur Wiedererhöhung der Uhrenzölle. Dies würde den Roll-Back-Beschluss von Präsident Johnson, für den man in der Schweiz sehr dankbar war, wieder zunichte machen. Auch die Abschaffung des "American selling price system" ist für die Schweiz von ganz besonderer Bedeutung und man hofft deshalb, dass die Bemühungen der Verwaltung in dieser Beziehung erfolgreich sein werden.

Herr Leddy antwortet, "der Protektionismus sei ein Hund, der nie schläft". Er ist jedoch ziemlich zuversichtlich, dass es der Verwaltung gelingen wird, Rückschläge zu verhindern und zwar sowohl in Bezug auf die Uhrenzölle als auf den Chemiesektor. Im ersteren Fall ist er optimistischer, weil es immer leichter ist, einen negativen Vorstoss abzuwehren als im Kongress eine positive Aktion

*Man
gleich*

durchzubringen, wie dies im Fall des "American selling price" notwendig ist. In dieser Beziehung unterstreicht Herr Leddy die liberale Haltung von Präsident Johnson, die soeben wieder in der Ernennung von Herrn Metzger zum Präsidenten der Tarifkommission ihren Ausdruck fand.

4. Heilmittelkontrolle und sequestrierte Vermögen

Herr Bundesrat Spühler will diese beiden Probleme nur kurz erwähnen. In Bezug auf die Heilmittelkontrolle scheinen die Besprechungen auf gutem Wege zu einer beidseitigen Lösung zu sein. Bezüglich der sequestrierten Vermögen hat das Staatsdepartement der Botschaft seine Stellungnahme in einer Note bekannt gegeben. Er hofft, dass dies nicht das letzte Wort ist und dass im traditionellen Geiste des gegenseitigen guten Verständnisses auch über diese Frage weiter verhandelt werden kann.

Herr Leddy pflichtet der Erwartung bei, dass die Heilmittelkontrolle befriedigend gelöst werden kann. In Bezug auf die Ausländervermögen ist es ihm aber nicht möglich, so optimistisch zu sein. Dieses Problem betrifft nicht nur die Schweiz, sondern eine grosse Zahl von andern Ländern, mit Einschluss der Alliierten der Vereinigten Staaten. Das Einzige, was er zusichern kann ist, dass das Staatsdepartement bereit ist, alles neue Material zu prüfen.

Herr Bundesrat Spühler dankt für diese Antwort. Für ihn ist es wesentlich zu wissen, dass man auf amerikanischer Seite bereit ist, weiter über diese Frage zu verhandeln.

5. Atomsperrvertrag

Herr Leddy erklärt, dass die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion wahrscheinlich sehr bald einen gemeinsamen Vertragsentwurf vorlegen werden, der allerdings die Bestimmungen über die Kontrolle der spaltbaren Materialien noch nicht enthalten wird. Er wäre unter diesen Umständen sehr interessiert, die schweizerische Haltung zu diesem Problem zu kennen.

Herr Bundesrat Spühler erklärt, dass die schweizerische Regierung und die Öffentlichkeit grundsätzlich den Abschluss eines derartigen Vertrages begrüßen, sowie auch die Tatsache, dass die Grossmächte sich einer Einigung nähern. Es ist jedoch schwierig im einzelnen Stellung dazu zu nehmen, weil ihr der genaue Text des Vertragsentwurfes nicht bekannt ist. Es wäre sehr nützlich, wenn die Vereinigten Staaten uns auf dem laufenden halten würden. In Bezug auf die Kontrolle sieht sich die Schweiz praktischen Schwierigkeiten gegenübergestellt, weil sie in das Verhältnis zwischen der EURATOM und der internationalen Agentur in Wien eingespannt ist. Die Schweiz sieht jedoch keine grundsätzlichen Schwierigkeiten in Bezug auf eine Kontrolle durch die Wiener Agentur,

sofern die Einflussmöglichkeit auf die Wahl der Inspektoren gewahrt wird. Dies ist mit Rücksicht auf die Souveränität und wegen der allgemeinen Gefahr von Werkspionage eine notwendige Bedingung. Eine weitere Bedingung ist die Gewähr, dass der Vertrag keine Behinderung der friedlichen Verwendung der Atomenergie für industrielle Zwecke mit sich bringt. Ferner hält man es in der Schweiz für selbstverständlich, dass auch die Atom-mächte in irgend einer Form einen Beitrag an die Abrüstung leisten, damit der Vertrag nicht ein allzu einseitiges Verhältnis schafft. Er sollte daher auch Bestimmungen über die Beschränkung der Atombewaffnung umfassen.

Wenn alle diese Bedingungen erfüllt sind und sich eine grosse Zahl von Staaten dem Vertrag anschliesst, wird auch die Schweiz ihm beitreten können. Bis jetzt wurde die Frage der Atombewaffnung immer offen gelassen aus Gründen der Landesverteidigung.

Herr Leddy erklärt, dass es die Vereinigten Staaten für nützlich erachten, wenn alle Länder den vollen Text des Vertragsentwurfes kennen. Auf Grund dieses Textes wird man feststellen können, dass die Frage der friedlichen Nutzung der Atomenergie befriedigend gelöst ist. Die Vereinigten Staaten haben grosse Bemühungen unternommen, um eine Beschränkung der Atombewaffnung zu

erreichen. Wegen der russischen Weigerung, ein Inspektionssystem anzunehmen, wird es jedoch nicht möglich sein, feste Verpflichtungen für die Beschränkung der Atomrüstung in den Vertrag aufzunehmen. Dagegen sind die Russen bereit, in die Präambel eine Formel einzubauen, die sich auf zukünftige Schritte in dieser Richtung bezieht. Die Vereinigten Staaten ihrerseits sind bereit, eine Kontrolle über die friedliche Verwendung des spaltbaren Materials anzunehmen. Dass die Kontrollfrage im gegenwärtigen Vertragsentwurf noch nicht geregelt ist, erklärt sich daraus, dass die Sowjetunion eine Kontrolle durch die EURATOM ablehnt, sogar wenn diese durch die Wiener Atomagentur überprüft wird. Dieser Artikel muss daher in den weiteren Verhandlungen in Genf ausgearbeitet werden. Im übrigen ist es durchaus denkbar, dass im Laufe der Zeit durch die technologische Entwicklung das Problem der Inspektion an Bedeutung verliert.

6. Das britische Beitritts-gesuch zur EWG

Herr Leddy erkundigt sich über die schweizerische Haltung in dieser Hinsicht und über die Beurteilung der Erfolgsaussichten des britischen Schrittes. Herr Bundesrat Spühler antwortet, dass sich die Schweiz nie gegen die Mitgliedschaft Grossbritanniens in der EWG gewendet hat. Diese soll jedoch im Rahmen einer Gesamtlösung der westeuropäischen Integration erfolgen. Der letzte britische Schritt war offensichtlich teilweise von innenpolitischen Motiven diktiert; doch ist es der

Regierung mit ihren Absichten zweifellos ernst. Dagegen hat sich die Haltung des französischen Präsidenten seit 1963 nicht geändert. Die Erfolgsaussichten sind daher sehr zweifelhaft, umso mehr als auch die andern EWG-Länder und insbesondere Deutschland nicht bereit zu sein scheinen, grosse Anstrengungen zur Unterstützung Englands zu unternehmen. Herr Leddy stimmt dieser Analyse in den grossen Zügen zu. De Gaulle hat sicher seine Position nicht geändert und vielleicht ist seine Opposition sogar stärker als früher. Die andern fünf EWG-Staaten sind nicht stark genug, um Frankreich zu beeinflussen. Ein neues Element ist jedoch, dass die öffentliche Meinung in Frankreich heute gegenüber dem britischen Beitritts-gesuch positiv eingestellt ist. Dies gilt für landwirtschaftliche und industrielle Kreise wie auch für die Verwaltung. Wenn Grossbritannien seine Bemühungen lange genug fortsetzt, wird es daher zweifellos eines Tages Mitglied der EWG werden, doch wird das nicht vor dem Abtreten de Gaulles geschehen können.

Dazu bemerkt Herr Bundesrat Spühler, es sei ein Irrtum zu glauben, dass die gegenwärtige französische Aussenpolitik im vollständigen Widerspruch zur Haltung des Volkes stehe. Frankreich ist im Grunde nicht integrationsfreundlich; man darf nicht vergessen, dass der erste Schlag gegen die politische Integration Europas von Frankreich ausging, indem noch vor dem gaullistischen Regime das Parlament die europäische Verteidigungs-

gemeinschaft ablehnte. Man darf daher vom Ausscheiden de Gaulles nicht eine Ueberwindung aller Hindernisse erwarten.

In der anschliessenden Unterredung mit Staatssekretär Rusk werden auch die bilateralen Fragen kurz berührt. Bundesrat Spühler erwähnt das Gespräch mit Herrn Leddy und betont noch einmal die Wichtigkeit der Militärdienstfrage und eines freien Handelsverkehrs für die Schweiz. Er dankt auch für das Verständnis, das wir bisher beim Staatsdepartement für unsere Anliegen gefunden haben.

Staatssekretär Rusk antwortet, dass Präsident Johnson sich sehr stark für den Abbau der Zölle und der nicht-tarifarischen Handelshemmnisse einsetze. Er sieht sich jedoch gegenwärtig einem Guerillakrieg der Protektionisten gegenüber. Diejenigen, die aus dem Ergebnis der Kennedy Runde Nutzen ziehen, verhalten sich still, während die andern, die sich in ihren Interessen berührt fühlen, eine Obstruktionstaktik verfolgen. In Bezug auf das Uhrenproblem ist es ein besonders unglücklicher Tatbestand, dass sich ein Fabrikationsbetrieb im Distrikt von Congressman Wilbur Mills befindet. Herr Rusk betont aber, dass die Verwaltung alles tun werde, um die protektionistischen

Angriffe abzuwehren.

Auf die Frage des Militärdienstes übergehend bemerkt der Staatssekretär, dass die Hauptschwierigkeit daraus entstehe, dass, vom internen Gesichtspunkt aus, dem Militärdienstgesetz der Primat vor dem früher abgeschlossenen Staatsvertrag zukomme, was natürlich auf Grund des Völkerrechts nicht zutreffe. Es würde jedoch sehr bedeutsame Schwierigkeiten aufwerfen, wenn dieses Problem jetzt als eine Prinzipfrage vorgebracht würde. Er hält daher dafür, dass es kurzfristig besser sei, pragmatische Lösungen zu finden und das Problem nach Beendigung des Krieges in Vietnam in umfassender Weise anzupacken. Auch die Verwaltung sei sehr an einer zufriedenstellenden Lösung der Frage interessiert, da sie Schwierigkeiten mit den Vertragspartnern vermeiden möchte.

Washington, D.C., den 18. August 1967

